

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Edith Niehuis MdB
zur jüngsten ILO-Studie
über die weltweite Un-
terdrückung der Frau:
UNO-Frauenkonferenz
muß verbindliche Ant-
worten geben.

Seite 1

Jochen Welt MdB zur
Änderung des Asyl-
rechts: Zuwanderung
muß im Gesamtpaket
geregelt werden.

Seite 3

Dr. Rolf Linkohr MdEP
zum Verhältnis EG-La-
teinamerika: Ein neuer
Versuch regionaler In-
tegration.

Seite 4

Dokumentation

Dr. Hans-Jochen Vogel
würdigt Gerhard Jahn
zu dessen 65. Ge-
burtstag: Ein eminent
verantwortungsbewuß-
tes Leben.

Seite 7

47. Jahrgang / 175

11. September 1992

UNO-Frauenkonferenz muß verbindliche Antworten geben

Zur jüngsten ILO-Studie über die weltweite Unterdrückung der Frau

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend
Stellvertretende Vorsitzende des Nationalen
Vorbereitungskomitees der Weltfrauenkonferenz

Wieder hat sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in den vergangenen Tagen mit einer Studie zu Wort gemeldet und wieder, wie bereits im Juni dieses Jahres, hat sie den Finger auf die Wunde der noch lange nicht verwirklichten Gleichstellung von Frau und Mann gelegt. Die ILO kritisiert in der Studie, daß sich die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen in den 80er Jahren in den Industrieländern nicht verringert, in einigen Ländern im Gegenteil sogar vergrößert hätten. Das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" sei in vielen Firmen nur ein Lippenbekenntnis. Auch warnte die Organisation vor einem Rückgang der Quote der berufstätigen Frauen, der sich bereits heute in einem Trend abzeichne.

Dies ist ernüchternd, wenn nicht enttäuschend, denn vor knapp zehn Jahre wurde von der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi (1985) unter anderem festgehalten: "Um die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu fördern, sollten die Regierungen für die Gleichheit beider vor dem Gesetz, für die Einrichtungen zur Gewährleistung gleicher Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, für gesundheitliche Betreuung, für gleiche Beschäftigungsbedingungen und -chancen, wozu auch die Vergütung gehört, sowie für eine angemessene soziale Sicherung sorgen."

Die Bundesregierung begrüßte seinerzeit die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz als "ungewöhnlichen Erfolg". Erstmals sei es gelungen, das Hauptdokument, die vorausschauenden Maßnahmen und Strategien der Frauenpolitik bis zum Jahre 2000, im Konsens zu verabschieden. "Die Annahme dieses Hauptdokuments ohne Gegenstimmen ist das wichtigste Ergebnis der Weltfrauenkonferenz in Nairobi", urteilte die Bundesregierung damals.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfölgere Ungeung
auf verweilten Käufern
Kempere-Papier



Die dieser Tage veröffentlichte Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO macht heute deutlich, daß die Forderungen der Weltfrauenkonferenz, nahezu alle als Soll-Forderungen formuliert, keine dauerhaften Änderungen der Ungleichbehandlung von Frau und Mann herbeiführen konnten. Und dies, obwohl in Nairobi einvernehmlich festgehalten wurde, daß "unter Gleichberechtigung nicht nur die rechtliche Gleichstellung der Frau ... zu verstehen ist, sondern auch die Gleichheit der Rechte, Verantwortlichkeit und Möglichkeiten in Bezug auf die Teilnahme der Frau an der Entwicklung als Nutznießende wie auch als aktiv Mitwirkende." Und: "Die Gleichberechtigung ist wichtig für Frieden und Entwicklung, da sich auf nationaler und globaler Ebene bestehende Ungleichheiten selbst fortsetzen und Spannungen jeder Art verschärfen."

Der Weltfrauenkonferenz von Nairobi von vor fast zehn Jahren ist der Verdienst zugute zu halten, die Zusammenhänge von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden für das zukünftige Zusammenleben auf diese Erde aufgezeigt zu haben.

Nun findet in drei Jahren die nächste UN-Weltfrauenkonferenz statt. Angesichts der Studienergebnisse der ILO gewinnt das Ziel dieser 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking, ein Programm zur Frauenförderung zu erarbeiten, das für alle Mitgliedstaaten verbindliche Auflagen beinhalten soll, besonderes Gewicht.

In Bonn hat sich im Juli dieses Jahres das Nationale Vorbereitungskomitee für die 4. Weltfrauenkonferenz 1995 konstituiert, in das Bundesfrauenministerin Dr. Merkel als Vorsitzende rund 40 Vertreterinnen von Frauenverbänden, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, kommunaler Frauenbüros, Frauenhäuser, die Frauenministerinnen der Länder, frauenpolitische Sprecherinnen der Parteien et cetera berufen hat. Aufgabe des Nationalen Vorbereitungskomitees ist es, die Bundesregierung bei der Erstellung ihres Berichtes zur Situation von Frauen in der Bundesrepublik zu beraten und eine breite Mobilisierungskampagne auf allen Ebenen zu starten. Die Grundlagen für den deutschen Beitrag werden in Arbeitsgruppen erarbeitet, die zu folgenden Themen Vorlagen erarbeiten sollen:

- AG 1: "Gewalt gegen Frauen und Mädchen" in der BRD
- AG 2: "Eigenständige wirtschaftliche und soziale Sicherung der Frau"
 - Erwerbstätigkeit
 - Bildungs/Ausbildung/Weiterbildung
 - sonstige Absicherung der Frauen außerhalb der Erwerbstätigkeit
- AG 3: "Frauen in Führungspositionen und Entscheidungsgremien"
- AG 4: "Frauen und Medien"
- AG 5: "Frauen und Forschung"
 - Frauenforschung als Wissenschaftszweig
 - Frauen im Wissenschaftsbereich
- AG 6: "Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen"
- AG 7: "Frauen in der Entwicklungspolitik" (= women in development)
- AG 8: "Fluchtgründe von Frauen/ Die Situation der Flüchtlingsfrauen in der BRD"
- AG 9: "Frauen, Gesundheit, Sexualität und Familienplanung"
- AG 10: "Frauen im Alter"
- AG 11: "Öffentlichkeitsarbeit"

Von der Bundesrepublik Deutschland sollte zudem eine Initiative ausgehen, für mehr Verbindlichkeit in den Frauenförderungsrichtlinien, die auf der Weltfrauenkonferenz beschlossen werden, zu sorgen.

(/11. September 1992/rs/ks)

Zuwanderung muß im Gesamtpaket geregelt werden!

Von Jochen Welt

Die Zahl der Asylanträge war noch nie so hoch wie 1992; 400.000 alte und neuere Fälle liegen schon jetzt unbearbeitet im Bundesamt in Zirndorf. Im nächsten Jahr werden wir uns auf gut eine halbe Millionen Anträge einstellen müssen, wenn nicht endlich eine generelle Regelung im Bereich der Zuwanderung vorgelegt, beschlossen und in die Tat umgesetzt wird.

Die Bundesregierung läßt jegliche Initiative in Richtung Gesamtzuwanderungskonzept oder gar einer europaweiten Harmonisierung vermissen. Eines aber hat die Bonner Koalition geschafft: Der Öffentlichkeit Glauben zu machen, mit einer Änderung des Artikels 16 GG sei das Zuwanderungsproblem gelöst.

Dies wird aber nicht geschehen, ebenso wenig, wie man mit einer neuen Dachausbauverordnung die Wohnungsnot lindern könnte.

Gleichwohl war die Ankündigung von Björn Engholm fernerhin auch für eine Änderung des Grundgesetzes bei der Zuwandererfrage offen zu sein, notwendig und politisch hilfreich. Sie nimmt den Christdemokraten und der gegenwärtigen Bundesregierung die Möglichkeit, ihr Nichtstun in der Zuwanderungsfrage auch weiterhin hinter eine notwendigen Grundgesetzänderung zu verstecken.

Richtet man den Blick nach vorn, dann gilt es jetzt, das Grundgesetz zu ergänzen. Ein größtmöglicher Schutz der Asylsuchenden muß gewährleistet, eine europäische Harmonisierung konsequent angegangen und eine nationale wie europäische Zuwanderungskonzeption entwickelt werden. Das bedeutet auch, daß die große Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge vorab aus dem Asylverfahren herausgenommen werden und ein zeitlich befristetes Bleiberecht erhalten.

Den besten Schutz für politische und aus anderen Gründen Verfolgte bieten neben dem Grundgesetz Artikel 16 die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention. Sie sind gleichsam die Grundlage auf der auch eine europäische Harmonisierung realisiert werden kann.

Im Rahmen unserer Verfassung sprechen insbesondere die Artikel 25 und 59 Abs. 2 Internationale Verträge und völkerrechtliche Verpflichtungen an. In diesen Artikel wird bestimmt, daß Vereinbarungen und völkerrechtliches Gewohnheitsrecht durch Deklaration und durch ein Gesetzgebungsverfahren in die Gesetzgebung des Bundes aufgenommen werden.

Ähnliches ist möglich, wenn man aus dem Artikel 16 .2. Absatz 2 Satz 2 einen Artikel 16.3. mit der Formulierung fixiert: "Asyl wird nach Maßgabe völkerrechtlicher Verträge gewährt".

Der Artikel 19.4. Grundgesetz, der die Rechtsweggarantie für eine Verletzung der Grundrechte ausdrücklich festlegt, könnte dann folgendermaßen aussehen: "Artikel 10 Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt, dies gilt ebenso für den Artikel 16.3. GG, wobei die Überprüfung der Verwaltungsentscheidung durch eine unabhängige Kommission erfolgen muß".

Einer derartigen Ergänzung des Grundgesetzes mit einer ausschließlichen Orientierung an den humanitären Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet insbesondere durch die Widerspruchsstelle eines neutralen Gremiums, das mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen, caritativen Einrichtungen und anderen besetzt sein kann, den größtmöglichen Schutz individueller Rechte von Verfolgten.

Sie bietet dazu die Möglichkeit der europäischen Harmonisierung auf der Grundlage eines derartigen geänderten Grundgesetzartikels im Rahmen einer europäischen Zuwanderungscharta.

Für die weiteren Verhandlungen mit der Regierungskoalition zum Thema Grundgesetzänderung darf allerdings nicht allein diese Grundgesetzänderung Gegenstand der Verhandlungen sein.

Einer derartigen Änderung darf nur zugestimmt werden, wenn sich die Regierung bereit erklart, Zuwanderung als Gesamtpaket zu begreifen und auch in die politische Praxis umzusetzen. Dazu gehören:

1. Die unverzügliche Anwendung und Durchführung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes.
2. Die Herausnahme von Bürgerkriegsflüchtlingsen aus dem Asylverfahren und Einrichtung eines begrenzten Aufenthaltstitelles.
3. Konkrete Vorarbeiten für eine europäische Zuwanderungscharta, die sicherstellt, daß der Flüchtlingsbegriff in den Ländern einheitlich verstanden und in der Verwaltungspraxis aus einheitlich umgesetzt wird
 - eine Widerspruchs- und Beschwerdeinstanz in allen Ländern Europas institutionalisiert wird
 - konkrete Regelungsmechanismen entwickelt werden, die die Aufnahme von Zuwanderern in Europa quotieren
 - die soziale Sicherung für Flüchtlinge in Europa nach annähernd gleichen Standards erfolgt
 - eine gemeinsame europäische Schlichtungsinstanz für Konfliktfragen eingerichtet und akzeptiert wird.

Letztlich wird darauf zu drängen sein, daß die Hilfen zur Bekämpfung von Fluchtursachen national wie international merkbar ausgeweitet werden. Hilfen der Bundesrepublik und des europäischen Auslandes für andere Länder müssen schwerpunktmäßig zum Existenzaufbau und zur Existenzsicherung in den Hauptherkunftsländern verwendet werden.

(-/11. September 1992/rs/fr)

Ein neuer Versuch regionaler Integration EG soll Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit schenken

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

NAFTA (North American Free Trade Agreement), MCCA (Mercado Comun Centroamericano), Andenpakt (Pacto Andino) und Mercosur (Mercado Comun del Cono Sur) - so lauten die Stichworte des jüngsten Versuchs, Lateinamerikas Volkswirtschaften durch Integration, Zollabbau und Arbeitsteilung einen neuen Schwung zu verschaffen. Es sieht derzeit so aus, als gelänge es tatsächlich, dem verlorenen Jahrzehnt der 80er Jahre ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Erholung folgen zu lassen.

In Lateinamerika leben neun Prozent (sieben Prozent) der Weltbevölkerung, doch trägt es nur fünf Prozent (25 Prozent) zum Weltbruttosozialprodukt bei. Am Welthandel ist es mit lediglich vier Prozent (40 Prozent) beteiligt (in Klammern die Zahlen für die EG). Schulden, Bürokratie, Korruption, Verfall der Rohstoffpreise, Bürgerkriege, Diktatur, aber auch die jahrzehntelange nationalistische Wirtschaftspolitik der Substitution der Importe durch Eigenproduktion ließen Lateinamerika fast zur Bedeutungslosigkeit absinken. Die Wettbewerbsfähigkeit - ohnehin nie groß - nahm weiter ab. Während in Südostasien hohe Wachstumsraten in der Größenordnung von sieben bis neun Prozent erreicht wurden, befanden sich in Lateinamerika selbst einstmals blühende Länder wie Argentinien und Uruguay auf dem Weg in die Unterentwicklung. Entsprechend verlor der Subkontinent auch das Interesse der Weltöffentlichkeit. Ausländische Investitionen nahmen spürbar ab. Im statistischen Mittel lag das Einkommen der Lateinamerikaner am Ende der achtziger Jahre um 8,1 Prozent unter dem zu Beginn des Jahrzehnts. Nahezu 50 Prozent der Menschen leben heute in bitterer Armut.

Hier deutet sich nun eine sichtbare Wende ab. Die Ablösung der Diktatoren durch demokratisch gewählte Präsidenten machten den Weg frei für eine Anpassung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften an den global ablaufenden Prozeß des Freihandels. Die Stichworte

heißen Konkurrenz und Wirtschaftlichkeit. Durch Zollabbau verspricht man sich Kostensenkung. Privatisierung löst die bürokratisch erstarrten Staatsbetriebe ab.

Gefördert werden diese Vorhaben durch die "Initiative for the Americas", einem Verstoß von Präsident Bush vom 27.6.1990, in dem er die Idee einer amerikanischen Hemisphäre formulierte. Er bot dabei eine Reihe von Vorteilen an: Zunahme des Handels, vermehrte Investitionen, Verhandlungen über den Erlaß öffentlicher Schulden, Bildung von Fonds zum Umweltschutz im Austausch gegen Schuldenerlaß.

In einigen Regionen zeigen die ergriffenen Maßnahmen erste Wirkung. Chile und Mexiko haben seit einigen Jahren wieder ein Wirtschaftswachstum von mehreren Prozent. Auch Kolumbien und Venezuela sind aus dem größten heraus. Der zwischenstaatliche Handel im Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) nimmt - allerdings auf niedrigem Niveau (nur sechs Prozent des brasilianischen Außenhandels spielt sich mit den Partnern des Mercosur ab) - sprunghaft zu. Investitionen großer und kleinerer Unternehmen aus den nördlichen Industrieländern nehmen geradezu exponentiell zu. Auch wenn die Zeitpläne zum Abbau der Zollschränken (im Mercosurbis 1994) nicht exakt eingehalten werden sollten, auch wenn sich immer wieder nationalistische Töne in die neue Arbeitsteilung mischen, es sieht doch so aus, als könnte Lateinamerika den Anschluß an die Weltwirtschaft schaffen.

Chancen für Europa

Angesichts einer womöglich länger anhaltenden Konjunkturschwäche in Europa, zu der sich die derzeitigen Schwächen der japanischen und US-amerikanischen Volkswirtschaft addieren, bietet der lateinamerikanische Markt bemerkenswerte Wachstumsmöglichkeiten. Ihn zu nutzen, an ihm teilzuhaben, wäre zum Nutzen der Europäer wie der Lateinamerikaner.

Dem stehen sicher eine Reihe von Schwierigkeiten und Unsicherheiten in Lateinamerika entgegen. Wird der Prozeß der Marktöffnung und der Integration nicht durch neu aufflackernde Gerüchte über Militärputsche (Venezuela) beendet? Wird Lateinamerika mit dem sozialen Problem fertig? Kommt es zu neuen Guerillabewegungen a la Leuchtender Pfad (Peru)? Gibt es einen Ausweg aus der alles erdrückenden Drogenwirtschaft? Wird der amerikanische Kongress dem NAFTA-Abkommen mit Mexiko zustimmen?

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Mercosur lassen allerdings hoffen. Deshalb wäre ein verstärktes politisches und wirtschaftliches Engagement der Europäer keine Zeitverschwendung. Doch leider ist festzustellen, daß die Aufmerksamkeit Europas für Lateinamerika meißbar nachgelassen hat. Politische Besuche sind seltener geworden. Selbst die Zahl europäischer Korrespondenten in Lateinamerika ging zurück. Und im Bereich der Wirtschaft spielt sich nichts Spektakuläres ab. Von geradezu zwerghafter Größe ist die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Konflikte über Bananen und Agrarsubventionen verdrängen die Chancen, die sich durch Kooperation bieten.

Dem stehen unter anderem erfreulicherweise folgende Tatsachen und Aktivitäten entgegen:

- 68 Prozent der öffentlichen Hilfe für Lateinamerika kommt aus Europa
- allein die EG hat von 1976 bis 1989 1.452 Millionen ECU bereitgestellt
- im Zeitraum 1991-95 wurde die Hilfe spürbar erhöht (2.750 Millionen ECU für Asien und Lateinamerika)
- Bilaterale oder multilaterale Handels- und Kooperationsabkommen bestehen mit praktisch allen lateinamerikanischen Staaten
- die EG verfügt in allen lateinamerikanischen Staaten über eine Vertretung mit diplomatischem Status
- der politische Dialog mit Zentralamerika, aber auch mit den Außenministern der Rio-Gruppe ist erstaunlich intensiv

Probleme

Neben den oben genannten Schwierigkeiten gab und gibt es noch eine Reihe weiterer Hindernisse für Lateinamerikas Wirtschaftsentwicklung, beziehungsweise für eine engere Zusammenarbeit mit Europa. Sie sollen hier nicht verschwiegen werden:

- Häufig mangelndes Interesse lateinamerikanischer Regierungen. Die Möglichkeiten bestehender Kooperationsabkommen wurden nicht ausgeschöpft.
- Zunehmende Armut verhindert politischen Konsens. Der Wirtschaftsaufschwung geht an der Masse der Bevölkerung vorbei.
- Bürokratische Hemmnisse und Korruption, die auf eine dynamischen Wirtschaftsentwicklung lähmend wirken. Dem brasilianischen Präsidenten Collor wird nicht so sehr verübelt, daß er sich bereichert hat, sondern daß er das übliche Maß weit überschritten hat.
- Nicht mehr zu übersehende ökologische Probleme (Erosion, Wasserqualität, Abholzung, Verkehr, etc.).
- Verfestigte Klassenstrukturen.
- Der Ehrgeiz der Militärs (etwa der fortgeschrittene Bau eines brasilianischen Unterseebootes mit Nuklearantrieb)
- Gefahr einer regionalen Zerteilung LA's.
- Unfähigkeit des Staates bei der allgemeinen Daseinsvorsorge. Infrastrukturen stehen oft nur auf dem Papier (Uruguays Post ist seit sechs Monaten durch Streik lahmgelegt).

Die Öffnung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften, der Wettbewerbsdruck durch Privatisierung und der Abbau von Bürokratie würde allerdings manches dieser Hindernisse abbauen helfen. Dadurch könnte sich der Staat aus der Wirtschaft zurückziehen und sich auf die engeren staatlichen Aufgaben konzentrieren.

Schlußfolgerungen

Damit Lateinamerika wieder stärker, und auch sichtbarer in die politisch-wirtschaftliche Strategie einbezogen wird, empfehlen sich folgende Maßnahmen:

- Der politische Dialog mit Lateinamerika muß vertieft werden. Wir Europäer unterstützen die Integrationsbemühungen mit Worten und mit Taten.
- Lateinamerika sollte zu einem Beispiel für eine gemeinsame europäische Außenpolitik werden. Die EG sollte mehr denn je mit einer Stimme auftreten.
- Wissenschaft und Technik, aber auch die Energie müssen stärker in den Vordergrund der Kooperation rücken.
- Beispiele für engere Kooperation sind oder könnten weiter sein
 - das Pilotprogramm zum Schutz des tropischen Regenwaldes
 - Ausbau und Finanzierung von Wasserstraßen und Eisenbahnen
 - Umweltverträgliche Energieprojekte wie die Gewinnung von Biogas aus Abfall
 - Erziehung und Ausbildung
 - Kooperation mit Gewerkschaften, Umweltgruppen, etc.
 - Tourismus
- Kleinere und mittlere Unternehmen müssen gefördert werden (Ausbau des Programms E.C. Investment Partners)
- Dreieckskooperation EG-Osteuropa-Lateinamerika (etwa auf dem Gebiet des Trinkwassers, der Landwirtschaft, etc.)
- Regionale Kooperation (Bundesländer, europäische Regionen, lateinamerikanische Regionen)
- Firmenkooperation, etwa im wissenschaftlich-technischen Bereich
- Besondere Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen
- Besucherprogramme, Fortbildung von Journalisten, Austausch von Studenten, etc.

Bei all den Vorschlägen muß nicht immer bei Null begonnen werden. Die EG hat, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, in den letzten Jahren eine beachtliche Arbeit geleistet.

Von erheblichem Vorteil ist dabei die Mitgliedschaft Spaniens und Portugals in der EG, die einen kulturellen und sprachlichen Brückenschlag erlaubt. wirtschaftlich betrachtet ist allerdings Deutschland der stärkste Partner. Aber auch Frankreich, Italien, Großbritannien und die Niederlande spielen in Lateinamerika eine große Rolle.

Gerade deshalb dürfte es der EG leichter fallen, Ihre Kooperation mit Lateinamerika auszubauen und sichtbarer zu machen. Die Umweltkonferenz von Rio gibt ohnehin Schulaufgaben, die noch abgeleistet werden müssen. Im Augenblick käme es darauf an, daß die EG den Integrationsprozeß LA's nicht nur beobachtet, sondern ihn durch ein fantasiereiches Angebot stabilisiert.

(-/10. September 1992 /ru/fr)

DOKUMENTATION

Ein eminent verantwortungsbewußtes Leben

Dr. Hans-Jochen Vogel, früher SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender und ehemaliger Bundesjustizminister hat am Freitag auf einem Empfang aus Anlaß des 65. Geburtstages von Gerhard Jahn dessen Arbeit und Verdienste gewürdigt. Dr. Vogel sagte:

"Wenn der Deutsche Mieterbund ruft, bin ich stets zur Stelle gewesen. Das galt schon in meiner Münchner Zeit, in den sechziger Jahren, und ebenso in allen Funktionen, die ich seitdem innehatte. Seiner heutigen Einladung bin ich aber ganz besonders gerne gefolgt. Denn dabei geht es um einen Mann, dem ich mich seit über vierzig Jahren persönlich verbunden fühle. Es geht um den Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, um Dich, lieber Gerhard Jahn, und um Deinen 65. Geburtstag, den Du gestern begangen hast. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich Dir von Herzen. Im Namen vieler Weggefährtinnen und Weggefährten, im Namen der Deutschen Sozialdemokratie und ihres Vorsitzenden Björn Engholm sowie im Namen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mit Hans-Ulrich Klose an der Spitze. Natürlich gratuliere ich Dir ganz persönlich - als einer von den hier Versammelten, der Dich wohl mit am längsten kennt. Deshalb fühle ich mich auch legitimiert, ein paar Worte über Dich und Deinen Lebensweg - Laudatio nennt man das wohl heutzutage - zu sagen.

Da ist schon eine Menge zusammengekommen in den 65 Jahren, die seit dem 10. September 1927 vergangen sind. 43 Jahre Mitgliedschaft in der SPD, 33 Jahre Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, davon 20 Jahre lang als Geschäftsführer der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Zweieinhalb Jahre Parlamentarischer Staatssekretär Willy Brandts im Auswärtigen Amt, dann fünf Jahre Bundesminister der Justiz. Daneben 22 Jahre Stadtverordneter in Marburg, davon 12 Jahre Stadtverordnetenvorsteher und 14 Jahre Fraktionsvorsitzender. Außerdem seit 1979 Präsident des Deutschen Mieterbundes. Und seit Januar 1991 Berater für offene Vermögensfragen und Eigentum der Landesregierung Brandenburg.

Das ist ein eminent dichtes, ein eminent politisches und ein eminent verantwortungsbewußtes Leben, auf das Du heute gemeinsam mit uns zurückblicken kannst. Reich an Erfolgen, nicht frei von Enttäuschungen, aber stets glaubwürdig, berechenbar und zuverlässig.

Im Mittelpunkt Deines Bonner Engagements stand die Bundestagsfraktion. Als einer der Jüngsten bist Du 1957 - mit 30 Jahren - damit wärest Du übrigens auch heute der viertjüngste der Fraktion - in den Bundestag und damit in die Fraktion gewählt worden; als einer von den drei "Zinnsoldaten", zu denen außer Dir Holger Börner und Egon Höhmann gehörten, und die man so nannte, weil sich Georg-August Zinn, der damalige hessische Ministerpräsident, nachdrücklich für Eure Kandidatur eingesetzt hatte. Und wie hast Du dieser Fraktion gedient! Vor allem als parlamentarischer Geschäftsführer hast Du nicht nur für den geordneten Ablauf der Geschäfte gesorgt, sondern auch die inhaltlichen Ergebnisse der parlamentarischen Arbeit wesentlich mitbestimmt - und zwar viel stärker, als das manchem Außenstehenden bewußt geworden ist. Denn Du hast nie mit großer Geste im Vordergrund agiert. Das war nicht deine Art. Durchgesetzt hast Du Dich vielmehr durch Deine umfassende Sachkunde und Erfahrung. Deine Präzision, Deinen vorbildlichen Fleiß und deine unerschütterliche Beharrlichkeit. Das hat

Dir das Vertrauen und die uneingeschränkte Hochachtung Herbert Wehners erworben. Und das war eine der höchsten Auszeichnungen, die es damals unter Sozialdemokraten gab.

Hervorragendes hast Du aber auch als Mitglied der Bundesregierung, vor allem als Bundesjustizminister, geleistet. Große rechtspolitische Reformen, die unsere gesellschaftliche Wirklichkeit nachhaltig verändert haben, sind damals von Dir entscheidend vorangebracht worden. Wichtige Teile der Strafrechtsreform zum Beispiel, die Justizreform, das neue Eherecht und das Scheidungsrecht, das mit dem Prinzip der partnerschaftlichen Ehe ernst machte. Und auch zur ersten Reform des Schwangerschaftsrechtes Mitte der siebziger Jahre hast Du wichtige Anstöße gegeben. Anstöße, die sich übrigens am Gedanken des Lebensschutzes ebenso orientierten, wie an der Eigenverantwortung der Frau, und manches von dem vorwegnahmen, was jetzt im Gesetzesbeschluß vom Juni dieses Jahres seinen Niederschlag gefunden hat. Schon damals ist auch Dein Engagement für die Gleichstellung der Frau hervorgetreten. Dein Engagement, das mit zum bahnbrechenden Beschluß des Münsteraner Parteitages im Jahre 1988 geführt hat. Und dem es die deutsche Sozialdemokratie nicht zuletzt verdankt, daß die Frauen heute in ihren Reihen ein höheres Maß an Verantwortung und Einfluß erlangt haben, als je zuvor in der Geschichte der SPD und als in allen anderen vergleichbaren Parteien.

Anderes wäre noch zu erwähnen. Die Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zum Beispiel, als deren erster Präsident und dann als Vizepräsident Du von 1983 bis 1985 amtiert hast. Oder die Vertretung der Bundesrepublik in der UN-Menschenrechtskommission in den siebziger und achtziger Jahren. Oder Deine vorbildliche Präsenz in Deinem Wahlkreis, in dem Du Wochenende für Wochenende zugange warst. Und natürlich Deine Arbeit an der Spitze des Deutschen Mieterbundes, dem Du seit September 1979 Deine Kraft gewidmet hast. Darüber wird sicher heute noch mehr zu hören sein.

Bleibt die Frage, was Dich zu dieser Lebensleistung befähigt hat und noch weiter befähigen wird. Ich meine, Dein Gerechtigkeitsempfinden, Dein Pflichtgefühl und Deine festen sozialdemokratischen Grundüberzeugungen. Die Grundüberzeugung etwa, daß die Demokratie allen anderen Staatsordnungen überlegen ist, daß die Menschenwürde Freiheit ebenso voraussetzt wie Solidarität, daß nicht der Krieg, sondern der Frieden die äußersten Anstrengungen erfordert und die Überzeugung, daß die Schwächeren nicht nur Gegenstand des Mitleids sein sollten, sondern daß sie einen Anspruch auf Hilfe und auf die soziale Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen haben.

Diese Überzeugungen wurzeln sicher auch in den Erfahrungen der Kriegs- und der Nachkriegszeit, die Deine und meine Generation geprägt und die uns beide zur Sozialdemokratie geführt haben. Zur Sozialdemokratie eines Kurt Schumacher, eines Carlo Schmid, eines Georg August Zinn, einer Elisabeth Selbert - um nur einige von denen zu nennen, die uns damals beeindruckt und auch geprägt haben.

Für all das danke Ich Dir. Ich danke Dir aber auch für das Beispiel, daß Du durch Dein bisheriges Leben gegeben hast. Heute ist viel von der Krise der Parteien und dem Ansehensverlust der Politik und der Politiker die Rede. Nicht alles an dieser Kritik ist unberechtigt. Und gewiß sind wir gut beraten, wenn wir die ernst gemeinten Mahnungen beherzigen. Aber Du bist ein Beweis dafür, daß jede Verallgemeinerung unzulässig ist. Daß es in der Politik durchaus Frauen und Männer gibt, die es mit der Wahrheit ernst nehmen. Die nicht an ihren Vorteil denken. Die nicht primär Macht ausüben, sondern die dem Gemeinwesen und ihren Mitmenschen dienen. Und die ihre Befriedigung und ihre Bestätigung in dem Bewußtsein finden, daß sie nicht wenigen ihrer Mitmenschen das Leben erträglicher und lebenswerter gemacht haben. Gerade das gilt für Dich in hohem Maße. Hunderttausende könnten es bezeugen. Und es gilt sicher auch, daß Du von anderen nichts verlangt hast, wozu Du nicht auch selbst bereit gewesen bist.

In diesem Sinne wünsche ich Dir für die Jahre, die vor Dir liegen, Gesundheit, Kraft und innere Befriedigung. Und in diesen Wunsch schließe ich ausdrücklich Deine liebe Frau mit ein."

(-/11. September 1992/rs/ks)
